

der Gesamtpartei über die kritische Periode fortgeholfen werden. Die Presse ist unsere wichtigste Waffe im Kampfe gegen den Kapitalismus; für ihre Erhaltung darf kein Opfer zu groß sein. Dann wird der schließliche Erfolg, das verübt uns die bisherige Entwicklung, sicher nicht ausbleiben. (Bravol)

Den Bericht

ber Kontrollkommission

erstattet **Raden-Dresden**: Die Kontrollkommission hat auch im verflossenen Jahre die ihr zustehenden Arbeiten nach bestem Können erledigt. Sie hat die Prüfung der Geschäfte in Berlin und Stuttgart vorgenommen und alles in bester Ordnung gefunden, so daß ich namens der Kontrollkommission den Parteitag bitte, dem Parteivorstand Decharge zu erteilen. Die uns überwiesenen Beschwerden haben wir einer eingehenden Behandlung unterzogen, um nach bestem Ermessen entscheiden zu können.

Die Kontrollkommission mußte sich auch mit Beschwerden befassen, die nicht in ihr Ressort fielen, die sie aber, um sie zur Erledigung zu bringen, dem Parteivorstand zur Entscheidung überwies. So beschwerte sich Friedrich Höbmann in Riedrat bei Welbert, weil er in den sozialdemokratischen Volksverein in Welbert nicht als Mitglied aufgenommen wurde, obgleich er innerlich schon lange zur Partei gehöre. Er glaubte, die Nichtaufnahme sei erfolgt wegen seines Austritts aus dem Metallarbeiterverband. Wir überwiesen diese Beschwerde dem Parteivorstand zur weiteren Behandlung.

In Hagen hatte ein Schiedsgericht den Genossen Apenborn wegen Beteiligung an einem Werksfächtenklatsch eine Rüge erteilt. Hiegegen wendet sich Genosse Apenborn. Die Kontrollkommission mußte diese Beschwerde zurückweisen, weil das in Frage kommende Schiedsgericht kein solches war, wie es das Organisationsstatut vorschreibt.

Der Genosse Otto Moritz-Hamburg führte Beschwerde über den Parteivorstand. Der Sachverhalt ist folgender:

Vor ungefähr fünf Jahren fand eine Parteiberammlung des 3. Hamburger Wahlkreises statt, worin einige derbe Worte fielen, die zur Klage führten. Genosse Moritz ist nun der Ansicht, daß der Genosse Schmelzmeier die gefallenen Worte nicht richtig wiedergegeben habe und er dadurch im Nachteil gekommen sei. Moritz stellte darauf an den Vorstand des 3. Wahlkreises den Antrag, den Genossen Schmelzmeier aus der Partei auszuschließen. Der Vorstand hat den Antrag Moritz abgelehnt.

Moritz ist nun der Ansicht, sein Antrag hätte vom Vorstand einer der nächsten Mitgliederberausammlungen vorgelegt werden müssen. Da dies nicht erfolgt ist, verlangt Moritz vom Parteivorstand eine Untersuchung der Angelegenheit und die Feststellung des genauen Inhalts der damals gehaltenen Reden. Der Parteivorstand sah sich außerstande, diesem Verlangen nachzukommen und lehnte ebenso das Verlangen der Herausgabe eines von Moritz an den Vorsitzenden des 3. Wahlkreises gerichteten Briefes und die Beschwerde des Genossen Moritz ab. Die Kontrollkommission konnte nach genauer Prüfung des vorgelegten reichlichen Aktenmaterials dem Parteivorstand nur beipflichten und die Beschwerde des Genossen Moritz ablehnen. Die Kontrollkommission möchte deshalb beim Parteitag anregen, ob bei einer eventuellen Revision des Parteistatuts die Frage der Verjährung nicht in Erwägung gezogen werden sollte.

Der Genosse Keiling erregte durch seine Handlungsweise, indem er den Genossen Schaub als Berichterstatter von Büdesheim denunziert hatte, sowie durch seine Teilnahme als Turner an einer Ovation, welche dem Grafen Oriola vor seinem Schlosse gebracht wurde, das Mißtrauen der dortigen Partei-

genossen. Deshalb ist Keiling aus dem Wahlverein des Wahlkreises Friedberg-Büdingen ausgeschlossen worden. Das angerufene Schiedsgericht gab dem Keiling eine scharfe Rüge und hob den Ausschluß aus der Partei auf, schloß Keiling aber aus dem Wahlverein aus. Gegen diesen Schiedspruch wandte sich der Wahlverein mit der Begründung, daß es nicht zweierlei Mitglieder geben könne.

Die Kontrollkommission erachtete die Beschwerde des Wahlvereins für berechtigt, hob den Beschluß des Schiedsgerichts auf und schloß den Keiling aus der Partei aus.

Der Genosse Karl Schröder, Zimmerer in Düsseldorf, wurde wegen Streikbruch (Zusammenarbeiten mit Streikbrechern) aus der Partei ausgeschlossen. Dagegen legte er Berufung ein. Schröder ist Polier, ihm wurde gestattet, bei der Arbeit zu verbleiben, jedoch mit Streikbrechern nicht zusammen zu arbeiten. Dies war jedoch nicht zu verhindern. Schröder erhielt bei seiner Anfrage, wie er sich zu verhalten habe, vom Hauptvorstand in Hamburg keine Auskunft.

Es fehlen im wesentlichen der Wortlaut des Ausschlußantrages sowie die Daten über den Verlauf des Streiks. Bei dieser unklaren Sachlage konnte Streikbruch nicht festgestellt werden, die Kontrollkommission hat deshalb das Urteil des Schiedsgerichts aufgehoben.

Durch Urteil des Schiedsgerichts wurde der Tischlermeister Genosse G. Beege-Berlin aus der Partei ausgeschlossen. Im Vorjahr lief der zwischen dem Holzarbeiterverband und den organisierten Unternehmern abgeschlossene Tarif ab, die Tischler traten in eine Lohnbewegung und erstrebten zugleich eine Verkürzung der Arbeitszeit. Die Unternehmer aber lehnten die Forderungen ab und beschloßen, vor Ablauf des Tarifes die Arbeiter auszusperrn. Beege, welcher dem Verein Berliner Tischlermeister angehörte, sperrte seine Leute ebenfalls aus und erklärte, daß er in ähnlichen Fällen ebenso handeln würde. Die Kontrollkommission konnte sich dem Urteil des Schiedsgerichts nur anschließen.

Martin Szymanski in Jümenau wurde auf Antrag des dortigen Sozialdemokratischen Vereins durch ein Schiedsgericht aus der Partei ausgeschlossen. Er hatte unserm Genossen, der Gemeindevertreter war, Mitteilungen über Lohnkürzungen der städtischen Arbeiter gemacht, und dieser hatte seiner Ansicht nach die Sache im Gemeinderat nicht richtig vertreten und ihn als Gewähsmann genannt. Darüber war Szymanski erbost und verlangte sein Schreiben zurück. Da es ihm nicht wiedergegeben wurde, klagte er auf Herausgabe, wurde aber abgewiesen. Das Schiedsgericht erachtete ihn für unwürdig und sprach ihm die Parteimitgliedschaft ab. Die Kontrollkommission hat dies Urteil aufgehoben.

Die Schriftfeger Baher und Clauber vom Sonneberger „Volksfreund“ waren mit der Druckerei in Differenzen geraten und entlassen worden. Zu ihrer Rechtfertigung benutzten sie ein bürgerliches Blatt. Das Schiedsgericht erblickte hierin mit 5 gegen 2 Stimmen eine ehrlose Handlung, und mit 4 gegen 3 Stimmen wurde der Ausschluß vollzogen. Die Kontrollkommission konnte auf eine materielle Prüfung des Falles verzichten, da sie dem materiellen Einspruch des Beschwerdeführers über die Befangenheit der Schiedsrichter stattgab. In dem Schiedsgericht haben die drei Kläger bezw. angegriffenen Angeklagten des „Volksfreund“ als Schiedsrichter gesessen. Eine solche Zusammensetzung eines Gerichtshofes widerspricht den elementarsten Grundsätzen einer unbefangenen Rechtsprechung. Die Kontrollkommission hob das Urteil auf.

Der letzte Fall endlich betrifft den Zimmerpolier Rudolf, der des Streichbruchs beschuldigt wurde, da er während eines Streiks der Bauarbeiter Lehrlingsarbeit beaufsichtigt und geleitet hatte. Ein Schiedsgericht lehnte den Antrag auf Ausschluß aus der Partei ab und erteilte Rudolf nur eine Rüge; weil sein Verhalten nicht einwandfrei war. Die Kontrollkommission hat das Urteil aufgehoben, sie erblickte in der Handlungsweise Rudolfs einen Streichbruch und stimmte deshalb dem Ausschlußantrage zu.

Schließlich habe ich noch eine traurige Pflicht zu erfüllen. Auch in diesem Jahre hat der Tod wieder einen treuen Genossen aus den Reihen der Kontrollkommission gerissen, Franz Josef Ehrhart. (Die Mitglieder des Parteitagcs erhoben sich von den Plätzen.) Jahrelang war Ehrhart uns ein treuer Mitarbeiter, wir werden stets in Ehren seiner gedenken. (Beifall.)

Diskussion zum Geschäftsbericht.

Haase-Königsberg beantragt, sämtliche Anträge über die Jugendorganisation (Anträge 28—50 und die auf der Frauenkonferenz dazu gefaßten Leitfänge) einer 17gliedrigen Kommission zu überweisen, deren Bericht an das Plenum dann die Grundlage der Diskussion sein soll. Der Parteisekretär Müller habe der Resolution des Parteivorstandes eine Auslegung gegeben, die vielfach von der sehr vieler Genossen abweiche. Dies erfordere eine genaue Prüfung des Materials und diese sei um so notwendiger wegen des neuen Vereinsgesetzes.

Der Parteitag stimmt dem zu. In die Kommission für die Jugendorganisation werden gewählt: Brandler-Bremen, Dr. Frank-Mannheim, Grünwald-Mühlhausen, Haase-Königsberg, G. Müller-Berlin, Müller-Böln, Ritter-Muppig-Templin, Rudolf-Frankfurt, Sänger-München, Scheib-Leipzig, Robert Schmidt-Berlin, Heinrich Schulz-Berlin, Stolten-Hamburg, Wels-Berlin, Westmeyer-Stuttgart, Klara Zeilin-Stuttgart, Luise Zies-Hamburg.

Singer: Um falsche Auslegungen für die Zukunft zu verhüten, stelle ich fest, daß wenn auch Müller in die Kommission gewählt ist, damit nicht ausgesprochen werden kann, daß der Parteivorstand zur Teilnahme an solchen Kommissionen nur dann berechtigt ist, wenn ausdrücklich eines seiner Mitglieder von dem Parteitag hineingewählt ist. Ich nehme an, daß es Ueberzeugung des Parteitages ist, daß dem Vorstand an sich das Recht zusteht, in solchen Kommissionen die Meinung des Parteivorstandes zu vertreten. (Zustimmung.)

Von den zum Geschäftsbericht vorliegenden Anträgen werden unterstützt: Zum Punkt Bildungsausschuß die Anträge 53 und 54, zur Lokalistenfrage die Anträge 6 und 130; zum Punkt Frauenorganisation, der gesondert diskutiert werden wird, die Anträge 21 bis 24, 125 und 127. Nicht unterstützt werden die Anträge 25 und 52.

Allgemeines, Presse, Bildungsausschuß und Lokalistenfrage.

Reinert-Hannover: In seinem schriftlichen Bericht sagt der Parteivorstand: „Die Kosten für die Agitationskalender wurden wieder für einige Bezirke ganz oder zum Teil von uns getragen, so u. a. für Ost- und Westpreußen, Pommern, Mecklenburg, Posen, Schlesien, Hessen-Nassau, Rheinprovinz.“ Wir haben deshalb auch ein Recht, hier über diese Kalender ein Wort zu reden, und zwar sind ein unerträglicher Mißstand die beigegebenen Inserate. Der vom Parteivorstand herausgegebene ostpreussische Kalender enthält eine Unmasse von Inseraten (Hört! hört!), die allmählich anderen Bezirken angeboten werden, und die bei weiterer Verbreitung ein öffentlicher Skandal für die

Partei zu werden drohen, und die wir auf dem Lande zur Agitation unmöglich verwenden können. Da sind Inserate drinnen: „Wir verschenken 100 000 Musikinstrumente“, das ist schon kein Inserat für den Kalender. Von der Solinger Stahlindustrie: Zu Weihnachten Glockengeläute mit Posaunenchor der Geburt Christi usw. Teilweise sind Inserate aus dem Auslande in dem Kalender enthalten. Inserate, vom Parteivorstand unterföhrt, die in der Parteipresse als Schwindelinserate bezeichnet werden. Dann Kalender mit lauter Inseraten von Gastwirten; das ist doch keine Ausführung der Essener Alkoholresolution; wir wollen doch dem Landarbeiter etwas Gutes bringen, und fällt er nun auf solche ausländische Inserate hinein, so agitieren wir direkt gegen uns.

In diesem Jahre wurde von einem Parteigenossen ein verlockendes Angebot für Inserate gemacht; und es besteht die Gefahr, daß wir allmählich die Kalender so ausstatten, daß sie ihren Zweck vollständig verfehlen. Wir müssen beschließen, daß der Parteivorstand Kalender mit Inseraten nicht unterföhren darf, sonst kommen wir schließlich noch zu Flugblättern mit Inseraten. Wir haben auf früheren Parteitagen uns mit einem aus dem Brandenburgischen stammenden Antrag beschäftigt, der die Förderung der antimilitaristischen Agitation verlangt. Wie wird diese Idee nun in der Agitation gefördert? In dem Brandenburgischen Kalender, dem Märkischen Landboten von 1908 (Hört! hört!), steht fett gedruckt: Die Schlacht bei Sedan mit Musik, Hurzarufen und Gebet und viele tausend andere Märkische usw. bringen meine sehr laut und beutlich sprechenden Sprechapparate. Ist denn das die Vertretung der Ideen, die man hier so oft gerade aus der Marx-Brandenburg auf dem Parteitag durchzubringen sucht. Da sagt man doch: Genossen! Wir machen antimilitaristische Agitation, aber kauft diese Musikapparate, dann habt ihr die Schlacht bei Sedan mit Gebet und Hurzarufen. (Heiterkeit.) Dieser Zustand der Inserate ist genau so auch im „Wahren Jakob“. Wir sind doch in der Partei so weit, daß wir nicht nötig haben, unsere Agitation uns durch Inserate bezahlen zu lassen. Es ist nötig, daß die Agitationsmittel für die Landbewohner, die wir für uns gewinnen wollen, nicht geschäftlichen Interessen dienen. (Beifall.)

Singer teilt mit, daß der Antrag 23 zurüdgezogen ist.

Gisner-Nürnberg: Der Referent des Bildungsausschusses, Genosse Schulz, hat einige Bemerkungen über die gegenwärtig mit Recht so beliebte „fränkische Tagespost“ gemacht, die mir Anlaß geben, einige sachliche Ausführungen über die Bildungsfrage zu machen. Ich bin in diese Diskussion wider meinen Willen hineingezogen worden. Eine beiläufige Bemerkung in der Nürnberger Parteitagssammlung, in der ich besonders betonte, daß ich nicht der Meinung wäre, daß man einen Antrag über die Parteischule einbringen solle, ist in die Presse gekommen und hat in der Folge zu einer Diskussion Anlaß gegeben. Ich halte die Frage der Parteischule in der Tat noch nicht für reif, glaube aber, daß sie in kurzer Zeit reif werden wird. Bis dahin können wir die eingehende Erörterung dieser Frage vertagen. Ich meine, die Parteischule ist schon heute in einer sehr erfreulichen Umwandlung begriffen. Sie verdankt ihre Entstehung — das wird zwar jetzt gezeugnet, ist aber dennoch wahr — dem Mangel an geistigen Kräften in der Partei. Man hat also durch die Parteischule den Wunsch erfüllen wollen, mehr Redakteure, mehr Arbeitersekretäre usw. zu gewinnen. Im ersten Semester wurde die Sache auch so gemacht. Da hat man die Parteigenossen aus der Arbeit herausgerissen und hat sie in Berlin ausgebildet. Jetzt ist man schon zu einer verständigeren Auffassung gekommen. Jetzt bildet man Parteifunktionäre aus. Man gibt einigen Parteigenossen unter großen Opfern die Möglichkeit, sich ein halbes